

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
-----------------------	----

ERSTER TEIL EINFÜHRUNG

Erster Abschnitt	
Zur Bedeutung der delegierten Rechtsetzung	23

Zweiter Abschnitt	
Methode und Gang der Untersuchung	26

Dritter Abschnitt	
Sprache und Rechtsvergleichung, Zitierweise	34

ZWEITER TEIL DEFINITION UND STELLUNG IM GESAMTGEFÜGE DER RECHTSAKTE

Erster Abschnitt	
Delegierte Rechtsetzung unter dem Grundgesetz	39

A. Definition	39
B. Rechtsverordnung und Parlamentsgesetz	40
C. Rechtsverordnung und Satzung	41
D. Rechtsverordnung und Verwaltungsvorschrift	42

Zweiter Abschnitt	
Delegierte Rechtsetzung nach britischem Verfassungsrecht	44

A. Definition	44
B. Akte delegierter Rechtsetzung und Acts of Parliament	52
C. Akte delegierter Rechtsetzung und Orders in Council under Royal Prerogative	52
D. Akte delegierter Rechtsetzung und Special Procedure Orders	54
E. Akte delegierter Rechtsetzung und administrative rules	56

DRITTER TEIL

GESCHICHTLICHE GRUNDLAGEN

Erster Abschnitt	
Die Entwicklung in Deutschland	59
A. Der absolutistische Staat	59
B. Der Konstitutionalismus	60
C. Das Kaiserreich von 1871 und der Erste Weltkrieg	64
D. Die Weimarer Republik	65
E. Die Herrschaft des Nationalsozialismus	66
F. Das Staatsrecht der Deutschen Demokratischen Republik	67
G. Die westlichen Landesverfassungen und das Grundgesetz	68
Zweiter Abschnitt	
Die Entwicklung in Großbritannien	72
A. Das Spätmittelalter und die Herrschaft der Tudors	73
B. Die Herrschaft der Stuarts	76
C. Von der Glorious Revolution bis zur Herrschaft des Hauses Sachsen-Koburg-Gotha	78
D. Von der Herrschaft Königin Victorias bis zum Ersten Weltkrieg	81
E. Die Delegationspraxis im 20. Jahrhundert	81

VIERTER TEIL

ERMÄCHTIGUNGSGRUNDLAGE UND GRENZEN DER DELEGATION

Erster Abschnitt	
Erfordernis und Qualität einer Ermächtigungsgrundlage	86
Zweiter Abschnitt	
Die Grenzen der Delegation	88
A. Allgemeine Beschränkungen der Delegation	88
I. Bestimmtheitstrias und Wesentlichkeitstheorie als Delegationsgrenzen unter dem Grundgesetz	88
II. Die rechtlich unbeschränkte Delegation im britischen Recht	94
B. Gesetzesändernde Akte delegierter Rechtsetzung	103
I. Gesetzesändernde Rechtsverordnungen	103
II. Gesetzesändernde Rechtsakte der Exekutive nach britischem Recht	105
C. Inkraftsetzende Akte delegierter Rechtsetzung	109

I. Inkraftsetzende Rechtsverordnungen	109
II. Inkraftsetzende Rechtsakte nach britischem Recht	110
D. Die Ermächtigung zum Erlass rückwirkender Rechtsvorschriften	111
I. Rückwirkende Rechtsverordnungen	111
II. Rückwirkende delegierte Rechtsakte nach britischem Recht	112

Dritter Abschnitt	
Vergleich	114

A. Vergleich unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten	114
B. Vergleich unter dem Aspekt der demokratischen Legitimation	119
C. Vergleich unter Berücksichtigung des Kriteriums der Sachgerechtigkeit	123

FÜNFTER TEIL

DIE DELEGATARE UND DAS VERFAHREN DER DELEGIERTEN RECHTSETZUNG

Erster Abschnitt	
Delegatare und Subdelegatare	127

A. Der begrenzte Kreis der Ermächtigten unter dem Grundgesetz	127
I. Bundesregierung, Bundesminister und Landesregierungen	128
II. Ermächtigungskombinationen	131
III. Subdelegatare	133
B. Der unbegrenzte Kreis ermächtigter Stellen nach britischem Recht	134
I. Delegatare nach dem Statutory Instruments Act 1946	135
II. Weitere Delegatare	136
1. Non-Departmental Public Bodies	137
2. Nationalised industries und andere public corporations	140
3. Scottish Ministers und die National Assembly for Wales	142
4. Sonstige Delegatare	143
5. Ermächtigungskombinationen	144
6. Subdelegatare	144

Zweiter Abschnitt	
Die Mitwirkung des Parlaments und sonstiger Stellen im Erlassverfahren	146

A. Die Beteiligung nach deutschem Recht	146
I. Mitwirkung des Bundesrates	146

1. Zustimmungsverordnungen	146
2. Initiativrecht nach Art. 80 Abs. 3 GG	149
II. Mitwirkung des Bundestages	150
1. Zustimmungsverordnungen	151
2. Aufhebungsverordnungen	153
3. Kenntnis- und Anhörungsverordnungen	154
4. Änderungsvorbehaltsverordnungen	155
III. Mitwirkung von Parlamentsausschüssen	157
IV. Mitwirkung sonstiger Stellen	159
1. Bundesregierung, Bundesminister und Landesregierungen	159
2. Betroffene, Interessenverbände und beratende Gremien	159
B. Die Beteiligung nach britischem Recht	163
I. Mitwirkung von House of Commons und House of Lords	164
1. Affirmative Procedure	169
2. Negative Procedure	171
3. Simple laying	173
4. Parlamentarische Änderungsvorbehalte	174
II. Mitwirkung anderer Stellen	175
1. Ministers und Majesty in Council	175
2. Betroffene, Interessenverbände und beratende Gremien	176
 Dritter Abschnitt	
Formerfordernisse, Ausfertigung und Veröffentlichung	181
 A. Die deutsche Rechtslage	181
I. Zitiergebot und Begründungspflicht	181
II. Ausfertigung und Verkündung	184
B. Die britische Rechtslage	184
I. Zitiergebot und Begründungspflicht	184
II. Ausfertigung und Verkündung	186
 Vierter Abschnitt	
Zeitlicher Geltungsbereich	190
 A. In- und Außerkrafttreten nach deutschem Recht	190
B. In- und Außerkrafttreten nach britischem Recht	192
 Fünfter Abschnitt	
Vergleich	195
 A. Vergleich unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten	195
I. Umfang und Charakter der Verfahrensvorschriften	196

II. Verantwortungszuordnung	200
III. Beteiligung Dritter	201
IV. Nennung der gesetzlichen Grundlage	203
V. Begründungspflicht	204
VI. Veröffentlichung und Inkrafttreten	205
B. Vergleich unter dem Aspekt der demokratischen Legitimation	207
I. Delegatare und Subdelegatare	208
II. Beteiligung Dritter	216
C. Vergleich unter Berücksichtigung des Kriteriums der Sachgerechtigkeit	223
I. Delegatare und Subdelegatare	223
II. Verfahren	225
III. Beteiligung Dritter	226
IV. Begründungspflicht	230

SECHSTER TEIL

GERICHTLICHE KONTROLLVERFAHREN

Erster Abschnitt	
Gerichtliche Überprüfbarkeit der Ermächtigungsnorm	231
A. Die gerichtliche Kontrolle unter dem Grundgesetz	231
B. Die fehlende gerichtliche Überprüfbarkeit im britischen Recht	233
Zweiter Abschnitt	
Gerichtliche Überprüfbarkeit delegierter Rechtsakte	234
A. Die richterliche Kontrolle von Rechtsverordnungen	234
I. Verfahrensarten und zuständige Gerichte	234
II. Initiativberechtigter Personenkreis und Verfahrensvoraussetzungen	235
III. Umfang der gerichtlichen Kontrolle	239
1. Überprüfung der formellen Anforderungen	240
2. Überprüfung der materiellen Anforderungen	241
3. Überprüfung der sachlichen Entscheidungsgrundlage	245
B. Die richterliche Kontrolle der delegated legislation	246
I. Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit in England	246
II. Verfahrensarten und zuständige Gerichte	252
III. Initiativberechtigter Personenkreis und Verfahrensvoraussetzungen	256
IV. Umfang der gerichtlichen Kontrolle	261
1. Überprüfung der formellen Anforderungen	262
2. Überprüfung der materiellen Anforderungen	265

3. Überprüfung der sachlichen Entscheidungsgrundlage	274
C. Rechtswegausschluss	275
I. Die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG	275
II. Die Einschränkung des Rechtsweges im britischen Recht	277
D. Exkurs: Die Prüfungs- und Verwerfungskompetenzen der Exekutive	282
 Dritter Abschnitt	
Vergleich	282
 SIEBTER TEIL	
ABSCHLIESSENDE BEURTEILUNG	
 Erster Abschnitt	
Ermächtigungsgrundlage und Grenzen der Delegation	289
A. Allgemeine Grenzen der Delegation	289
B. Inkraftsetzende delegierte Rechtsakte	293
C. Gesetzesändernde delegierte Rechtsakte	294
D. Rückwirkende delegierte Rechtsakte	294
 Zweiter Abschnitt	
Die Delegatare und das Verfahren der delegierten Rechtsetzung	295
A. Verfahrensvorschriften	295
B. Delegatare und Subdelegatare	296
C. Parlamentarische Mitwirkung	298
D. Mitwirkung sonstiger Dritter	299
E. Formerfordernisse, Veröffentlichung und Geltungszeitraum	299
 Dritter Abschnitt	
Gerichtliche Kontrollverfahren	300
 Vierter Abschnitt	
Schlussbemerkung	303
 Literaturverzeichnis	305